

**Beitrag der CDU-Fraktion zur Verabschiedung des Haushaltsplan-Entwurfs 2014  
am 12.12.2013**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,  
meine Damen und Herren,

nach Verlauf und Ergebnis der Finanzausschuss-Beratungen und den Beiträgen der Fraktionen lässt sich feststellen:

Einmal mehr kommt es auf die CDU-Fraktion an, Verantwortung dafür zu übernehmen, dass den Dortmunder Bürgern gesagt werden kann:

Dortmund bleibt eigenständig & handlungsfähig!  
Verwaltung und Politik haben auch im kommenden Jahr in dem zentralen Feld kommunaler Selbstverwaltung - der autonomen Bewirtschaftung der Finanzen - Spielraum für Politik und Gestaltung.

Abseits parteipolitischen Kalküls ist kaum zu bestreiten:  
Der Erhalt finanzpolitischer Autonomie, die Möglichkeit, einen genehmigungsfähigen Etatentwurf auf den Weg nach Arnsberg zu schicken, das ist per se ein hohes Gut. Das will jedenfalls die CDU-Fraktion nicht gefährden oder mutwillig aufs Spiel setzen.

Auch und gerade nicht im Vorfeld eines Kommunalwahlkampfes. Im Mai nächsten Jahres werden ein dann für 6 Jahre gewählter neuer Rat und neu gewählte Bezirksvertretungen erwarten, auf Basis eigenständiger städtischer Finanzwirtschaft politisch agieren und gestalten zu können.

Wir sind sicher:  
Die Dortmunder Bürger erwarten das von der Dortmunder Politik.  
Mit welchem Motiv sollten sie im nächsten Jahre sonst zur Wahl gehen?

Und wen sollen sie denn dann wählen? Etwa die, die ihnen am besten und blumigsten erklären können, was seit Januar alles in Dortmund nicht mehr geht?

Vieles wird nicht mehr gehen, wenn heute eine Mehrheit des Rates leichtfertig beschließen sollte, den „Karren vor die Wand“ fahren zu lassen – die Konsequenz hieße:

**Vorläufige Haushaltsführung**

- Keine Freiheit bei Entscheid über notwendige Investitionen
- Allenfalls Erledigung / Abarbeitung unabweisbarer Aufgaben (u.a. Auszahlung sozialer Transferleistungen)
- Einstellung / Begrenzungen bei allen sonstigen freiwilligen Leistungen
- In der Konsequenz: Marginalisierung der Politik und „Ruhem“ von politischer Einflussnahme / Gestaltung

Wer kann das wollen?  
Wir wollen das nicht!

Die im politischen Raum verschiedentlich mal gehörte Auffassung: „Dann gehen wir eben in die **Haushalts-Sicherung**“ ist kaum anderes als eine verantwortungslose „Kamikaze“-Position. Sicherung des Haushalts: Ja!  
Aber Haushaltssicherung?

- Wesentliche Konsequenz – und das für definitiv viele Jahre:
  - Rigide Auflagen aus Arnsberg
  - Speziell: Maximale Ausschöpfung sämtlicher Einnahme-Möglichkeiten
  - Diktat spürbarer weiterer Steuererhöhungen ohne maßgebliche Einflussnahme der Politik
  - Regime der Aufsichtsbehörde über sämtliche investive Auszahlungen

Wer kann das wollen?

Das können Sie nicht wirklich wollen! Vielmehr haben Sie (B90/Grüne, FDP-BL/Linke) mit umfangreichen Antrags-Paketen z.T. Ausweitungs-wünsche formuliert, die realistisch kaum umsetzbar sind. Verantwortung tragen wollen Sie hingegen nicht!

(Grüne: knapp 500.000 €, Linke: +1,35 Mio €, FDP/BGL: + 6,9 Mio € + XXL (z.B. Investitionshilfen Westfalenhallen GmbH)!

FDP-BL setzen dabei auf einen Crash-Kurs zu Lasten unserer Stadt und unserer Bürger, der keine realistische Perspektive auf Umsetzung hat. Bemerkenswert: Die Grünen formulieren umfangreiche Wunschlisten, verkünden aber bereits weit im Vorfeld der Beratungen ihr „NEIN“.

Insbesondere FDP/BL haben sich – bei allem Respekt und persönlicher Wertschätzung, sehr geehrter Herr Rettstadt, mit diesen Haushalts-Beratungen als seriöser Partner bei der Haushalts-Konsolidierung für dieses Mal verabschiedet. Bedauere das sehr!

Wären wir Ihren Haushalts-Anträgen in den wesentlichen Punkten beigetreten (z.B. + 5 Mio € Straßensanierung schon im Jahr 2014 – wir bieten dann im Zweifel 7 oder 8 Mio €/a an – wer bietet mehr ?) - dann würden wir uns künftig häufiger in Arnsberg treffen als in Dortmund.

Sie wissen, dass die Realisierung Ihrer Anträge unsere Stadt unmittelbar in die Haushalts-Sicherung treiben würde. Wie können Sie solche Initiativen ernsthaft vertreten?

Zur **SPD**:

„Unser Omma“ hätte im Dortmunder Jargon gesagt:

„Nutzt wieder nix, aber schadt' auch nix!“ – Sie bewegen sich mit Ihren Etat-Anträgen seit Jahren in bewährter Tradition: Unbeweglich, struktur-konservativ – Ihre Wähler honorieren das ja offenbar. So gesehen machen Sie wieder alles richtig. Das ist aber nicht gut für unsere Stadt!

„**Weiter so Dortmund**“ – heißt die Botschaft Ihres Etat-Antrags. Wille zur Veränderung sieht anders aus ! Und das bei einer politischen Partei, die sich als „Reform-Partei“ versteht. In Dortmund ist von Initiative nichts zu sehen!

Der Koalitionsvertrag wird bei Umsetzung in Regierungshandeln erhebliche finanzielle Verbesserungen für Dortmund in zahlreichen Bereichen erbringen und enthält viele gute Nachrichten für unsere Stadt:

- Investitionen (Bildung & Forschung, Verkehrsinfrastruktur, Hochschulstandort ...)
- Eingliederungshilfe / Bundesteilhabegesetz
- Aktive Arbeitsmarktpolitik (Personenkreis langzeitarbeitsloser Menschen)
- Armutswanderung und Asylpolitik (u.a. stärkere Nutzung des Förderprogramms „Soziale Stadt“; Personalverstärkung → zeitliche Verkürzung der Asylverfahren)
- Reform und Verbesserung der Krankenhausfinanzierung – elementar für unsere Klinik der Maximalversorgung!
- Städtebauförderung nach Bedarf statt nach Himmelsrichtung
- Energiepolitik (Energiesystemdesign, „Klumpenrisiko“ Dortmunder Energiebeteiligungen !)

Dazu sagt Ihr örtlicher Parteivorsitzender zur Zeit ja alle 2 Tage was Anderes. Welche Position sollen wir ernst nehmen ?

Und das bei einem Dortmunder Etat, der mit **8,1 Mio €** über der 5 %- Grenze denkbar knapp gestrickt ist, weiter Rücklagen und Substanz verzehrt und die Verschuldung weiter steigert ...

Sehr geehrter Herr Sierau,

wir erkennen an: Dortmund ist im Vergleich zu anderen Kommunen im Ruhrgebiet unverändert in der Lage, ohne Haushaltssicherung, Nothaus-halt oder gar Beteiligung am „Stärkungspakt NW“ auszukommen.

Aber: Was „rettet“ unseren Etat aktuell und in der Perspektive?

Vorwiegend externe Faktoren und bestehende bzw. absehbare Verbesserungen auf der Ertragsseite:

- Ein historisch unvergleichbar niedriges Zinsniveau (elementar bei über 2 Mrd. € Schulden) !
- Massive Hilfen des Bundes schon jetzt:
  - Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung:
    - 2012: 21,8 Mio €
    - 2013: 44,7 Mio €
    - 2014: 63,1 Mio €
    - 2015: 66,8 Mio €
    - 2016: 70,7 Mio €
- Zusagen des Landes, zumindest in Teilen die Kosten flüchtlingsaufnehmender Kommunen annähernd adäquat zu erstatten
- Leicht verbesserte Landeszuweisungen (Schlüsselzuweisungen DO + 3 Mio €)
- Koalitionsvereinbarung zu einem Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderung (Bundesteilhabegesetz): Entlastung für DO perspektivisch ca. **44 Mio €/a**.
- Anstieg der Steuererträge, LWL und Schlüsselzuweisungen 2013-2017 (gemäß Orientierungsdaten des Landes) :  
2013: 648,6 → 2017: 728 Mio € - erwarteter Zuwachs von rd. **80 Mio €**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bei aller Genugtuung und Anerkennung des absehbaren Erhalts finanzieller Eigenständigkeit der Stadt Dortmund – Ihre gute Laune und die Euphorie Ihrer Ausführungen zur Einbringung des Etatentwurfs im September, die teilen wir nicht!

Zitat:

*„Im Meer der Haushaltssicherungen in der Metropole Ruhr gibt es eine sichere Insel – und das ist die Stadt Dortmund.“ Sie sehen in Dortmund – Zitat - die „über den Wasserspiegel hinausragende Landmasse.“*

Das mag im Augenblick so sein. Dann sollten Sie als oberster „Insulaner“ aber auch deutlich energischer und konsequenter darauf achten, dass das mit dem Wasserstand auch so bleibt. Eine Garantie gibt es dafür nicht!

Dieser Dortmunder „Insel-Haushalt“ ist nur einer für schönes Wetter.

Vertrauen allein auf dauerhaft niedrige Zinsen, stabile Konjunktur und Arbeitsmarktlage, weiter steigende Steuererträge, Zuweisungen und Bundeshilfen und eine insgesamt sich weiter deutlich bessernde Ertragslage – das wäre fahrlässig.

Diese „Insel“ und dieser Haushalt sind erkennbar für „schlechtes Wetter“ noch nicht gerüstet. Konsequentes Handeln auf der Aufwandsseite – das ist es, was wir selbst in der Hand haben, was wir künftig deutlich energischer und konsequenter angehen müssen. Die internen Widerstände sind bekannt und offenkundig! Zur Personalversammlung gestern kommen wir ja noch.

Künftig bitte weniger Euphorie, dafür mehr Nüchternheit, Realismus, Kraft und Willen zur Gestaltung, aufbau- und ablauforganisatorischer Veränderung. Mehr Mut zu konsequenter Aufgabenkritik, effizienter Personal- und Organisationsentwicklung, Effizienzkontrollen in teuren und risikobehafteten Verwaltungsbereichen und zur Abtrennung „alter Zöpfe“.

Angezeigt ist auch ein moderneres, zukunftsgerichtetes Verständnis von effektiver, den Bürgern nutzender interkommunaler Zusammenarbeit (der Koalitionsvertrag bietet auch hier – Thema umsatzsteuerlicher Belastung – neue Perspektiven) und mittelsparender, qualitätssteigernder Zusammenarbeit im „Konzern Stadt Dortmund“.

Hier muss deutlich mehr Tempo und Entschlossenheit in die Prozesse!

- Schon Herr Dr. Langemeyer hatte uns Mio-Erträge aus der Verschlankung und Vermarktung abgängiger innerstädtischer Büroflächen-Immobilien in Aussicht gestellt – Ergebnis bislang?
- Gut bezahlte Stabsstellen (Talentbüro als Beispiel) dürfen unkommentiert und kaum justiert 24 Monate (!) an der Konzeptionierung ihrer Aufgabe / Ihres Auftrags basteln, ohne Nachweisbares vorlegen zu müssen. Eine Provokation für jeden Mitarbeiter in publikumsintensiven Ämtern mit täglich hoher Arbeitsbelastung!
- Über die Frage der Verbesserung des städtischen Erscheinungsbildes durch organisatorische Veränderung – Reinigung aus einer Hand - diskutieren wir schon im 8. Jahr – bislang ohne Ergebnis!

Wir sind als CDU da ziemlich sicher: Bürger, die annähernd 2.000 Mio € an Steuern, Gebühren, Entgelten und Abgaben entrichten und in diesen „Betrieb“ investieren, die können ein deutlich höheres Lebenstempo in dieser, „Ihrer“ Verwaltung erwarten und: Sie haben das verdient (im Wortsinne übrigens!).

Und – sehr geehrter Herr Sierau, sehr geehrter Herr Stüdemann,

nehmen Sie doch bitte endlich Abstand von der uns ständig präsentierten Propaganda einer vorgeblichen „Vergeblichkeitsfalle“, der angeblich anhaltenden „strukturellen Unterfinanzierung“ unserer städtischen Finanzen.

Die lässt sich bei genauer Betrachtung der Produktbereiche „Allgemeine Finanzwirtschaft“ vs. „Soziale Aufwendungen“ und „Innere Verwaltung“ (Betrachtungszeitraum 2008 – 2014) nicht belegen: (s. Anlage).

- Entwicklung Fehlbedarf „Soziale Leistungen“ 2008 – 2014: - 35,3 Mio €
- Entwicklung Fehlbedarf „Innere Verwaltung“ 2008 - 2014: - 67,4 Mio €
- Entwicklung Überschuss „allg. Fin.wirtschaft“ 2008 - 2014: +194 Mio €
- Entwicklung Schlüsselzuweisungen/Steuern 2014 - 2017: + 60 Mio €

Der Effekt Ihrer permanenten Propaganda wirkt nach „außen“ (für Sie) vielleicht entlastend. Der Effekt nach „innen“ – in die Verwaltung hinein – ist nicht fördernd, eher lähmend, letztlich erfolgshemmend.

Sie schaffen den „Beharrern“ damit nur willkommene Alibis, Entschuldigungen, Erklärungen, alles möglichst zu belassen, wie es ist und wie es immer war. Das ist nicht gut für Dortmund!

Sie schläfern Elan und Veränderungsbereitschaft Ihrer Führungsmannschaft und Ihrer Mitarbeiter damit nur ein!

Ergebnis: Stillstand – betrachtet man die Ergebnisse der „Aufgabenkritik“.

Wenig zufrieden stellende Ergebnisse zeigen: Hoher Zeitaufwand – viel Betriebsamkeit - kaum messbarer, nachhaltiger Ertrag.

Und, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtdirektor,

die Kritik an dieser Entwicklung alles ist ja keine krude, ungestützte „Kopfgeburt“ oder der Irrweg einer nervösen, zappeligen „Opposition“.

Genau das schreibt Ihnen die Aufsichtsbehörde des SPD-Regierungs-präsidenten im März diesen Jahres zum Haushalt 2013 ins Stammbuch:

Zitat:

- *„An der Haushaltsplanung ist problematisch, dass die künftigen Haushaltsverbesserungen allein auf überdurchschnittlich hohe Ertragssteigerungen zurückzuführen sind.“*
- *„Bisher habe ich nicht den Eindruck, dass die Stadt Dortmund den mit der finanziellen Eigenverantwortung einher gehenden Pflichten adäquat nachkommt.“*

*Einen etwaigen Verweis auf eine strukturelle Unterfinanzierung der Gemeinden halte ich zumindest für die Stadt Dortmund nicht für gerechtfertigt.“*

Eines noch, Herr Oberbürgermeister, Herr Stadtdirektor – bevor wir zum angenehmeren Teil des Beitrags kommen können:

Stichwort: Soziale Transferaufwendungen:

Natürlich ist uns klar: Mit der Produktgruppe „Soziale Aufwendungen“ ist der Bereich sozialer Transferaufwendungen insgesamt nicht abgebildet.

Klar sein muss aber auch:

Die Mehrbedarfsvorlagen des Jugendamts:

- 2009: 22,9 Mio €
- 2010: 3,2 Mio €
- 2011: 4,9 Mio €
- 2012: 19,5 Mio €
- 2013: 6,1 Mio €

und die explosionsartige Entwicklung der Leistungen / Verdopplung der Jugendhilfe seit 2006 (Jahresabschlüsse):

- 2006 50,9 Mio €
- 2007 58,2 Mio €
- 2008 64,9 Mio €
- 2009 77,9 Mio €
- 2010 77,6 Mio €
- 2011 103,5 Mio €

hatten uns (übrigens mit dem RP) schon 2010 auf den Plan gerufen.

Die Kostenexplosion ist und war – trotz gegenteiliger Behauptungen – durch (angebliche) Fallzahlensteigerungen seit Jahren nie gestützt.

Die Kostenexplosion bleibt bis heute unerklärt.

Der Kontroll-Verlust bleibt unerklärlich.

Unser Etat-Antrag bereits 2010, den gesamten Bereich einer extern gestützten Untersuchung zu unterziehen, hatte eine Mehrheit im Rat.

Umgesetzt haben Sie diesen Beschluss des Rates nicht. Sie wollten sich und haben sich auf Problembehandlung mit „Bordmitteln“ verlassen.

Das Ergebnis sehen wir in den Zahlen. Das ist teuer geworden für die Bürger dieser Stadt. Die haben das bezahlen müssen.

Jetzt, 2013 – deutlich zu spät - starten personelle, organisatorische, aufbau- und ablauforganisatorische Maßnahmen und der Aufbau von Kontroll-Mechanismen. Vielleicht ist das richtig.

Mit Sicherheit ist das zu spät. Hier hat das Risiko-Management-System der Stadt versagt.

Erst jetzt:

- Interne Kontroll-Systeme
- Belastbares Rechnungswesen
- Installierung personeller Kompetenz in den Leitungsfunktionen.

Nun zu den angenehmeren Passagen – von der „Soll“- zu der „Haben“- Seite dieses Etat-Entwurfs / dieser Etat-Beratungen:

- Das Investitions-Volumen wächst wieder qua Ausgliederung Investitionsgeschehen Kanäle in den Eigenbetrieb → gute Nachrichten für Wirtschaft, Handwerk und Beschäftigung in Dortmund !
- Im Bereich des Kanalvermögens wird (u.a. durch organisatorische Änderungen) endlich wieder Substanzverlust reduziert & gemäß Abschreibungen in den den Bürgern in Rechnung gestellten Vermögenserhalt angemessen (re-) investiert.
- Das Personalbudget stagniert mittelfristig:  
Mehrheitlich getragene Abweisung des Antrags im AFBL: 2 % - Sparbeschluss (CDU) zum Personal-Aufwand „abzuräumen“

- „Personal-Inventur“ des OB: Nach jahrelangem „Versteckspiel“ jetzt endlich Klarheit über tatsächliche Personalkosten
- Deutlich verbesserte Transparenz über Etat-Entwicklung und Personal-Budget-Entwicklung (Management-Berichte / Quartal).
- Einstieg in deutlich verbesserte (elektronisch gestützte) Stellenplan-Transparenz (weiter ausbaufähig!)
- Ansatz des Personal-Dezernenten, die „**Stille Reserve**“ der Amtsleiter (rd. 560 überplanmäßige Stellen) zu durchforsten, zu bewerten und aufgabengerecht zuzuweisen. Der Stellenplan muss endlich wieder verlässliches und vertrauenswürdigen Element & Bestandteil der Etat- und Budget-Steuerung werden!

Besten Dank dafür an die Kämmerei! Sie scheint der Treiber in dem Prozess zu sein. Das ist gut so und das verdient alle politische Unterstützung!

Abschließend zu den für uns wesentlichen Positiv-Faktoren dieses Haushalts – zu einigen essentiellen Anträgen der CDU-Fraktion.  
Von 13 CDU-Anträgen haben 11 eine Mehrheit gefunden.

- **Wir reparieren Dortmunds Straßen!**

Die Dortmunder Straßen werden in den kommenden Jahren mit steigenden Finanzmitteln in Ordnung gebracht!

Die Haushaltsansätze für Straßenunterhaltung, - Sanierung und - Erneuerung werden deutlich erhöht!

Ab 2015 gibt es für die Straßenunterhaltung bis 2017 jährlich 1 Mio € mehr!  
Zusätzlich werden die Ansätze für Straßenbau und investive Straßenerneuerung um jährlich 2 Mio € aufgestockt. Damit stehen der Stadt in den Jahren 2015-2017 insgesamt **18 Mio. €** zusätzlich zur Verfügung.

	Konsumtiv	Investiv	
2015 =	1 Mio	2 Mio	
2016 =	2 Mio	4 Mio	
2017 =	3 Mio	6 Mio	
<b>Summe</b>	<b>6 Mio</b>	<b>12 Mio</b>	<b>= 18 Mio</b>

(s. hierzu auch die Veränderungslisten)

Außerdem beauftragt der Rat die Verwaltung, bis zum Abschluss des 2. Quartals 2014 ein Straßenzustandskataster und ein Konzept zur mittel- und langfristigen Substanzerhaltung der Dortmunder Straßen vorzulegen.  
Zustandsanalyse und Konzeption sollen zum Etat 2015 vorliegen.

- **Platz für Wohnen und Gewerbe**

Vor Tagen war in großen Lettern zu lesen: „Dortmunder mögen ihre Stadt“. Wir tun das auch. Und wir sagen: Dortmund hat Platz!  
Wir wollen daher in Zukunft und für die Zukunft unserer Stadt aktiv attraktive Flächen für Wohnen und Gewerbe zur Verfügung stellen.

Wer bisher zwar in Dortmund arbeitet, aber noch im Umland lebt, will hier vielleicht auch wohnen. Die Grundstücke am Phoenix-See und Hohenbuschei werden gut vermarktet – Ermutigung, weitere Flächenangebote ausweisen. Große Reserven gibt es nicht.

Richtig und wichtig, dass unserem Anstoß gefolgt wird und die Weiterarbeit an den angefangenen, zwischenzeitlich auf Wunsch der Grünen gestoppten B-Planverfahren für die Gebiete „Rhader Hof“, „Wickede-West“ und „Sölder Waldstraße“ mitgetragen wird. Eine gute Entscheidung.

Wir wollen, dass in DO ausgebildete Hochschulabsolventen und „Blaumänner“ vermehrt in Dortmund Arbeit finden können und nicht fahren müssen, um z.B. in der hochspezialisierten metallverarbeitenden Industrie des Sauerlandes einen Job zu finden. Die setzen nicht auf Dienstleistungen allein. Die haben Flächen, die haben Produktion, denen geht es gut! Wir brauchen neue Flächen für Gewerbe und Industrie. Entlang der A2 Richtung Hannover entsteht derzeit ein Gewerbegebiet nach dem anderen.

Was Lünen, Bönen oder Kamen hinkriegen, sollten auch wir schaffen. Auch hier richtig die Entscheidung, mehr Schwung in das Thema Gewerbeflächenentwicklung zu bringen. Die Flächen Werner Hellweg, Osterschleppweg und Buddenacker sind über die B1 / A40 optimal an das überregionale Straßennetz angebunden. Jetzt diese Chancen nutzen!

Wir sind zuversichtlich, Herr Westphal, dass Sie und Ihre Mannschaft hier auch schnell Ansiedlungserfolge vorweisen können. Das schafft Arbeitsplätze, die wir in Dortmund dringend benötigen.

- **Wir helfen der Nordstadt**

Anfangs von der örtlichen SPD argwöhnisch betrachtet, heute als wichtige Einrichtung für die Dortmunder Nordstadt allseits anerkannt:

Wir freuen uns, dass der Betrieb des Alkoholkonsumraums „Cafe Berta“ als Aufenthalts- und Beratungsreinrichtung weiterhin sichergestellt ist.

CDU, Grüne, FDP/BL und Linke konnten durchsetzen, dass „Cafe Berta“ als begleitendes Instrument zur Bewältigung der schwierigen Situation in der Nordstadt fortgeführt wird. Gut auch, dass die SPD-Fraktion sich in der Frage der Fortführung jetzt zumindest enthält.

Mittel in Höhe von 150.000 Euro / a werden in einem mehrere hundert Millionen Euro starken Sozialetat sicher zu finden sein.

Die Massierung von Ordnungskräften in der Nordstadt wird absehbar weiter nötig sein. Unser Antrag zur Aufstockung der Ordnungspartnerschaften trägt dem Rechnung. Eine „3. Schicht“ soll weiter eine Schwerpunktsetzung in der Nordstadt ermöglichen, aber auch die übrigen Stadt-bezirke wieder stärker als bisher unterstützen. Wir sind einverstanden, die fachliche Diskussion hierzu demnächst im Ausschuss zu führen.

Ausdrücklich: Wir wollen nach wie vor keine „schwarzen Sheriffs“, auch keine „Stadtpolizei“, sondern verantwortungsvolle Mitarbeiter, die ordnungsgemäßes Verwaltungshandeln kennen, umsetzen und den Bürgern unserer Stadt ein verbessertes subjektives Sicherheitsempfinden vermitteln.

- **Sportstadt Dortmund voranbringen – Qualität statt Quantität**

Das Kunstrasenprogramm – Impuls der CDU aus 2007, wird fortgesetzt. Zusätzlich wird Vereinen, die in Eigenregie bauen wollen, ab 2014 jährlich insgesamt mindestens 100.000 Euro - max. 20.000 Euro/a und Verein – zweckgebunden für max. 20 Jahre zur Verfügung stehen



- eine gute Finanzierungsgrundlage. Das fördert Eigeninitiative und bürgerschaftlichen Einsatz!

Bevorzugt: Vereine, die kooperieren oder fusionieren. Aus zwei Tennenplätzen kann so ein gemeinsamer Kunstrasen entstehen und frei werdende Tennenplätze höherwertiger Nutzung zugeführt werden: Abkehr vom „Gießkannenprinzip“: „Jedem Stadtbezirk ein Kunstrasenplatz“ und stärkere Unterstützung der Vereine, die bereit sind, sich einzubringen.

- **Wir wollen die Stadt sauberer machen**

„Reinigung aus einer Hand“ – bessere Reinigungsqualität durch bessere Koordination beschäftigt uns seit Jahren. Ihre Meinung, Herr Oberbürgermeister, war einmal mehr in der Personalversammlung vernehmbar. Sie wollen das einfach nicht und der Personalrat redet ständig von „Privatisierung“! „Heuschrecke EDG“? Das ist lächerlich. 53 % Stadt und 47% DSW21 = 100% Stadt – mehr an „Kolchose“ geht ja kaum!

Erfreulich: Die SPD folgt unserem Kurs der Vernunft.

Die für die Stadtreinigung zuständigen Mitarbeiter sollen ab 2015 für zunächst 2 Jahre im Rahmen einer Dienstvereinbarung vorübergehend bei der EDG eingesetzt werden. Die EDG wird dann ermitteln, was die Reinigung eines qm Straßenbegleitgrüns wirklich kostet (weis bis heute keiner!) und was Kooperation im Konzern an Kostenvorteil erbringen kann.

Ziel: Die Pflege städtischer Grünflächen künftig kostengünstig, effizient und professioneller zu regeln unter Verzicht auf teure Mehrfachstrukturen. Das müsste auch in Ihrem Interesse liegen. Ihren Widerstand in dieser Sache sollten Sie überdenken. Bessere Ratgeber als Herr Steinmetz (verdi) sind sicher die maßgeblichen Kräfte des Rates!

Bessere Kooperation im „Konzern Stadt“ wird beim Thema Betriebshöfe derzeit untersucht. Warum dann nicht auch Personalplanung und -einsatz optimieren? Gemeinsame Betreuung der Betriebshöfe von Stadt und EDG im Norden & im Süden der Stadt, das liegt nahe. Bauliche und ablauforganisatorische Schwächen der alten Betriebshöfe sind bekannt. Standards moderner, zukunftsorientierter Arbeitsplätze sehen anders aus. Auch hier wollen wir nicht in erster Linie „sparen“ – wir wollen qualitative Verbesserungen – für die Bürger und die Mitarbeiter.

Ergebnisse der eingeleiteten wissenschaftlichen Untersuchung zur Optimierung der Betriebshöfe können und werden wir abwarten. „Aussitzen“ wollen und werden wir dies allerdings Thema nicht länger!

- **Verlässliche und verstetigte Finanzierung der Stadtbezirke**

Wichtig zum Abschluss noch die Finanzmittel der Stadtbezirke. Anders als vorgeschlagen, wird der Rat heute entscheiden, die Stadtteilparlamente bereits ab 2015 finanziell wieder adäquat auszustatten. 2013 wurde die Hälfte der Mittel gekürzt. Das war angesichts der Haushaltssituation schmerzlich. Das drehen wir jetzt zurück.

Den Stadtbezirken erst 2016 die gekürzten Mittel wieder zurückgeben, das wollen wir nicht. Der Rat wird heute beschließen, die einbehaltenen 3,1 Mio €, in 3 Tranchen ratierlich zu erstatten.

Ab 2015 fließen jährlich eine Mio € zurück. Das ist gut angelegt. Die Bezirksparlamente wissen besser als der Rat, wo das Geld der Bürger vor Ort gut angelegt ist. Planbarkeit, Verlässlichkeit und Verstetigung der Finanzierung stützen & stärken das ortsnahe politische Engagement. Da machen wir einvernehmlich alles richtig.

Die Verwaltung allgemein und speziell die Kämmererei haben Etat -Aufstellung und Haushalts-Diskussion 2014 professionell, gut und kompetent begleitet.  
Dafür danken wir Ihnen!

Angesichts zu erwartender massiver Hilfen aus Berlin und sicher fortschreitendem Bemühen Dortmunds, den Haushalt flankierend speziell auch auf der Aufwandsseite zu entlasten, avisieren wir schon jetzt einen Etat-Antrag der CDU - der bereits „getippt“ - auf Wiedervorlage November 2014 liegt:

*„Für das Jahr 2016 strebt die Verwaltung die Vorlage eines in den Einnahme- und Aufwandspositionen ausgeglichenen Haushaltsplans an“:*

Dank für Ihre Aufmerksamkeit.